Landesamt für Natur, Formular, Stand: 28.05.2025

Umwelt und Klima

Nordrhein-Westfalen

**Dieses Dokument stellt eine Ausfüllhilfe zur Bearbeitung eines Förderantrags für ein Modell- und Sondervorhaben dar. Die angegebenen Inhalte sind nur exemplarisch, nicht bindend.**

- Fachbereich 17 -

40208 Düsseldorf

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

(Projektförderung)

Betr.: Modell- und Sondervorhaben

Bezug:

|  |  |
| --- | --- |
| 1. **Antragstellerin/Antragsteller** | |
| 1.1 Name/Bezeichnung | „Universität, Unternehmen, Verein“ |
| 1.2 Anschrift | Straße/PLZ/Ort  „Straße, Nummer; PLZ, Stadt; Postfach“ |
| 1.3 vertreten durch | Name(n)/Vorname(n)/Funktion  „Präsident, Geschäftsführer, Vorstand etc.; Ansprechpartner für das LANUK  Tel:       Fax:  E-Mail: |
| 1.4 Auskunft erteilt | Name/Tel. (Durchwahl)/E-Mail/Fax    Tel.:       Fax:  E-Mail: |
| 1.5 Bankverbindung | IBAN: DE |
| BIC: |
| Bezeichnung des Kreditinstituts |
| 1.6 Rechtsform (soweit zutreffend, z. B. GmbH) |  |
| 1.7 Handels-, Vereins- oder Partnerschaftsregisternummer  (aktueller Auszug ist beizufügen) |  |
| 1.8 Umsatzsteuer-ID |  |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 1. **Maßnahme** | | |
| 2.1 Bezeichnung | „Projekttitel + Kürzel“ | |
| Kurze, eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme  Umfang, Notwendigkeit usw. der Maßnahme sind unter Nr. 5 - Begründung - zu erläutern. |
| 2.2 Durchführungszeitraum | Beginn des Vorhabens: | Ende des Vorhabens: |
|  |  |
| (Tag/Monat/Jahr) | (Tag/Monat/Jahr) |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 1. **Finanzierungsplan** | | | | | |
| **Der Finanzierungsplan ist nur beispielhaft.** | Gesamt | (auszufüllen, wenn sich die Maßnahme über mehrere Jahre erstreckt)  **Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit**  (Kassenwirksamkeit) | | | |
| 2025 | 2026 | 2027 | 20 |
| Jahr der Antragstellung | 1. Folgejahr | 2. Folgejahr | 3. Folgejahr |
| in Euro | in Euro | in Euro | in Euro | in Euro |
| 1 | 2 | 3 | 4 |  | 5 |
| 3.1 Gesamtkosten  Angabe der Gesamtkosten der Maßnahme. Anzugeben sind alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden Kosten, unabhängig davon, ob die Beträge zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Die aufgegliederte Berechnung der Kosten ist in der dem Antrag beizufügenden Kostenberechnung darzustellen. | 200.000,00 | 15.000,00 | 15.000,00 | 20.000,00 |  |
| 3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben  Davon grundsätzlich zuwendungsfähig, also der Betrag, der alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden Ausgaben ausweist, soweit die Ausgaben tatsächlich zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Soweit die Antragstellerin/der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, ist dies bei der Ermittlung der Ausgaben zu berücksichtigen. | 150.000,00 | 50.000,00 | 50.000,00 | 50.000,00 |  |
| 3.3 abzüglich Leistungen Dritter ./. | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |  |
| (ohne öffentliche Förderung)  Abzuziehen sind Leistungen Dritter, die in Zusammenhang mit der Maßnahme stehen, also z.B. Entgelte, zweckgebundene Spenden etc. |
| 3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben =  Auf der Grundlage der so ermittelten zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wird die Höhe der Zuwendung ermittelt. | 150.000,00 | 50.000,00 | 50.000,00 | 50.000,00 |  |
| 3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)  Zuwendung ist der Betrag, den das Land zu der Maßnahme beisteuern soll. Die Höhe des Betrages ist u. a. von der Interessenlage des Landes abhängig. | 120.000,00 | 40.000,00 | 40.000,00 | 40.000,00 |  |
| 3.6 beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch:  Hier sind bewilligte/beantragte öffentliche Förderungen von anderen Stellen des Landes und/oder jur. Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Bund) anzugeben. Diese erfordern ein Abstimmungsverfahren nach Nr. 1.4 VVG zu § 44 LHO. | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |  |
| 3.7 Eigenanteil[[1]](#footnote-1)  Eigenanteil ist der Betrag, den die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger zur Finanzierung der Maßnahme beizutragen hat. | 30.000,00 | 10.000,00 | 10.000,00 | 10.000,00 |  |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 1. **Beantragte Förderung** | | |
| Zuwendungsbereich / Ausgabenpositionen  Bitte die Ausgabearten einzeln aufzählen (z.B. Personalausgaben, Sachausgaben, Ausgaben für Reisen). | Zuschuss/Zuweisung  in Euro | v. H.  von  Nr. 3.4 |
| 1 | 2 | 3 |
| Personalausgaben | 51.200,00 | 80 % |
| Sachausgaben | 32.000,00 | 80 % |
| Ausgaben für Reisen | 12.800,00 | 80 % |
| Projektbezogene Gemeinausgaben | - | - |
|  |  |  |
|  |  |  |
|  |  |  |
| **Summe** | 120.000,00 | 80 % |

|  |
| --- |
| 1. **Begründung** |
| * 1. Zur Notwendigkeit der Maßnahme (wie Ziel/Ziele, Konzeption, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen Raumbedarf, Standort) |
| Bitte geben Sie hier eine kurze Übersicht über das Forschungsvorhaben an. Es sollten die oben genannten Punkte beinhaltet sein. Der Fließtext sollte darstellen, wo das Projekt durchgeführt werden soll und wie das Projekt generell mit welchem Ziel ablaufen soll. Hier kann auch eine kurze Aussage über Vorversuche und die daraus resultierende Vermutung oder die zu untersuchende Hypothese bzw. Erfolgsprognose getätigt werden. Des Weiteren kann auch der Vorteil/Hintergrund einer Zusammenarbeit der Projektpartner angegeben werden. Der Nutzen des Projektes für die Wasserwirtschaft im Sinne der Förderung aus AbwAG-Mitteln sollte kurz erläutert werden. |

|  |
| --- |
| 5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (wie Eigenanteil, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |
|  |

|  |
| --- |
| 1. **Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen** |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin bzw. den Antragsteller, die Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw. |
| Ich bestätige, dass der Eigenanteil aus eigenen Mitteln erbracht werden kann. Die Gesamtfinanzierung ist gesichert. |

|  |
| --- |
| 1. **Erklärungen** |
| Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass |
| * 1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. |
| * 1. die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginn beantragt wird.   ja  nein  Wenn ja, ist das Ausfüllen der Anlage 8h zu diesem Antrag zwingend erforderlich. |
| * 1. sie/er zum Vorsteuerabzug   berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat  (Preise ohne Umsatzsteuer).  nicht berechtigt ist. |
| * 1. ihre/seine insgesamt anfallenden (nicht nur die projektbezogenen) Gesamtausgaben überwiegend (> 50 %) aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, einschließlich Bund und EU, bestritten werden.   zutreffend  nicht zutreffend |
| * 1. sie/er erhält eine institutionelle Förderung, die u.a. auch zur Deckung von Gemeinausgaben dient. Für diesen Fall wird erklärt, dass es sich bei den in diesem Projekt geltend gemachten Gemeinausgaben ausschließlich um zusätzliche Gemeinausgaben handelt, die unmittelbar durch das Projekt entstehen und nicht bereits Gegenstand einer institutionellen Förderung sind.   zutreffend  nicht zutreffend |
| * 1. der Gegenstand nicht bereits gefördert worden ist und eine Förderung nicht nach anderen Bestimmungen erfolgt. |
| * 1. die beantragte Zuwendung  1. nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt wird und 2. sie/er keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt. |
| * 1. *nur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen:*   die beantragte Förderung ausschließlich ihre/seine nichtwirtschaftliche Tätigkeit betrifft und die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Tätigkeit und ihre Kosten und Finanzierungen eindeutig voneinander getrennt werden können. Der Nachweis der korrekten Kostenzuordnung erfolgt im Jahresabschluss.  ja  nein |
| * 1. *nur für Gemeinden:*   sie/er ein Haushaltssicherungskonzept nach § 75 Abs. 4 der Gemeindeordnung zu beachten hat.  ja  nein |
| * 1. der Antragsvordruck nicht verändert wurde und die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind. |
| * 1. alle Erkenntnisse und Ergebnisse, die ihr/ihm aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUK verfügbar gemacht werden und sowohl das Land NRW als auch sie/er selbst zur Verbreitung der Projektergebnisse an die Allgemeinheit berechtigt ist. |
| * 1. sie/er damit einverstanden ist, dass ihre / seine Angaben zum Zwecke der Auftragsverarbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im LANUK gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden. |
| * 1. ihr/ihm bekannt ist, dass die zuständigen Stellen grundsätzlich verpflichtet sind, der Antragstellerin / dem Antragsteller auf Antrag Auskunft über die zur Person verarbeiteten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung, die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen sowie die allgemeinen technischen Bedingungen der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben. Grundsätzlich ist eine Auskunftsverweigerung zu begründen. Werden Auskunft und Einsichtnahme nicht gewährt, kann sich die Antragstellerin / der Antragsteller an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden. Die Einzelheiten des Datenschutzes ergeben sich aus dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW) in der jeweils geltenden Fassung (SGV.NRW.20061). |
| * 1. ihr/ihm bekannt ist, dass alle Angaben im Antrag (Ziffern 1 - 7.13 einschließlich mit Antragsstellung vorgelegter und nachgereichter Antragsunterlagen) subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in der jeweils geltenden Fassung sind. Das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen. Sie sind verpflichtet, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind. |

|  |
| --- |
| 1. **Anlagen (Zutreffendes bitte ankreuzen)** |
| a) Registerauszug bzw. Nachweis der Rechtsfähigkeit (**außer** bei Hochschulen). |
| b) Kopie der Satzung bzw. des Kopien der Gesellschaftsbeschlüsse über die/den Vertretungsbevollmächtigte/n (**außer** bei Hochschulen). |
| c) Vertretungsberechtigung (siehe Anlage zu Ziffer 8c des Antrags, sofern Angaben in Ziffer 1.3 und 1.4 voneinander abweichen bzw. zusätzliche Personen mit der Wahrnehmung von Angelegenheiten des Fördervorhabens beauftragt werden) |
| d) Projektbeschreibung |
| e) Anlage zum Finanzierungsplan (siehe Anlage zu Ziffer 8e des Antrags (Excel-Tabelle)) |
| f) Nachweis, dass die Finanzierung durch die Eigenmittel gesichert ist  in Form eines  Kontoauszugs bzw.  einer verbindlichen Bestätigung der Hausbank  Eigenerklärung der Hochschule unter Ziffer 5.2 des Antrags und Bestätigung geordneter Finanzlage (ausgeglichener Hochschulhaushalt) unter Ziffer 6 des Antrags  bei Gemeinden, wenn Erklärung Nr. 7.9 bejaht wird, Stellungnahme des Kämmerei |
| g) *nur bei Forschungsvorhaben:* Einverständniserklärung REFORDAT und UFORDAT (siehe Anlage zu Ziffer 8g des Antrags) |
| h) Antrag auf Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn mit Begründung (siehe Anlage zu Ziffer 8h des Antrags) |
| i) Antrag auf Zulassung eines DV-gestützten Buchführungssystems zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung (siehe Anlage zu Ziffer 8i des Antrags) |
| j) Antrag auf Zulassung eines elektronisches Zeiterfassungssystem zum Nachweis der Arbeitszeiten (siehe Anlage zu Ziffer 8j des Antrags) |
| k) Erklärung über erhaltene De-minimis-Beihilfen (siehe Anlage zu Ziffer 8k des Antrags)  l) weitere Anlagen: |

**Ich/wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne/n die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen für mich/uns als verbindlich an.**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | (Rechtsverbindliche Unterschrift) |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  |  | (Name Funktion) |

1. Ihr Anteil, den Sie im Falle einer Förderung an den zuwendungsfähigen Ausgaben selbst zu tragen haben [Bsp.: Zuwendungsfähige Gesamtausgaben = 10 T Euro (= 100 %), Förderung = 9 T Euro (Fördersatz 90%) Eigenanteil = 1 T Euro (= 10%)]. [↑](#footnote-ref-1)